



Leben. Lernen. Zukunft. - Jugend im Mittelpunkt -

**Impulspapier
des Gesprächskreises Jugendpolitik
beim SPD-Parteivorstand**

Berlin, 11. November 2008

**Leitung des Gesprächskreises:
Kerstin Griese, MdB**

Einleitung

Die SPD nimmt die Jugend und die Jugendpolitik stärker in den Blick. Im Mittelpunkt einer generationenübergreifenden Politik stehen für uns die Interessen und Bedürfnisse der heranwachsenden Generation. Denn es sind die jungen Menschen von heute, die in der Welt von morgen leben und ihr weiteres Geschick bestimmen werden. In der Jugend werden die Weichen für die Zukunft jedes Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt gestellt. Staat und Gesellschaft tragen die öffentliche Verantwortung für die junge Generation.

Wichtiges Ziel unseres Vorsorgenden Sozialstaates ist es deshalb, allen Jugendlichen bestmögliche Rahmenbedingungen für das persönliche Wohlergehen und ein gutes Aufwachsen zu geben. Die SPD will allen Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnen, damit sie ihre Potenziale voll entfalten können. Jugendliche brauchen altersgemäße Lebensbedingungen. Sie brauchen Freiräume in unserer Gesellschaft, damit sie sich selbst erproben und eigene Entscheidungen treffen können. Wir wollen Jugendlichen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben alle notwendige Unterstützung geben.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, brauchen wir eine starke Jugendpolitik - eine Politik, die sich auf die spezielle Lebensphase der Jugend fokussiert, eine Politik für die Jugend und vor allem mit ihr. Es reicht nicht - wie es in den vergangenen Jahren zunehmend die Tendenz war - jugendpolitisches Handeln vornehmlich auf eine Querschnittsaufgabe zu reduzieren, die mal in den Bereichen der Familien- und Bildungspolitik, mal in der Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik zum Tragen kommt. Für die SPD ist die Jugendpolitik ein eigenständiges Politikfeld, das sich nicht allein um Problem- und Risikogruppen, sondern um alle Jugendlichen und ihre unterschiedlichen Lebens-

lagen kümmert. Dabei wollen wir die vielfältigen Potenziale von Jugendlichen und die Partizipation Jugendlicher in den Mittelpunkt stellen.

Jugend ist eine eigenständige Lebensphase, die einerseits immer früher beginnt und immer länger dauert, andererseits aber auch immer dichter wird. Viele Jugendliche fühlen sich früh gefordert, wenn z.B. Schulzeit und Studiengänge verkürzt werden und der Druck auf dem Ausbildungsmarkt steigt. Die Lebenswege der Jugendlichen werden zu früh festgelegt. Unsere Gesellschaft ist zu undurchlässig. Sozialdemokratische Jugendpolitik will den Prozess begleiten, in dem Jugendliche selbstständig werden – als Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie, als Lernende, als Konsumenten, als zukünftige Erwerbstätige und Familienmenschen. Dabei ist für uns die Jugendphase eine ei-

genständige Lebensphase im Übergang von der elternabhängigen Kindheit zum Erwachsenen, der im Berufsleben steht und wohlmöglich eine eigene Familie gründen will.

Dieser Übergang gestaltet sich für einige Jugendliche besonders schwierig. Soziale und kulturelle Herkunft entscheiden in Deutschland ungleich mehr über die Entwicklung und spätere gesellschaftliche Stellung des Einzelnen als in anderen europäischen Staaten. So ist beispielsweise das Risiko von jugendlichen Migrantinnen und Migranten, im späteren Leben arbeitslos zu werden, doppelt so hoch wie bei Deutschen. Ein wesentlicher Grund sind fehlende oder unzureichende schulische und berufliche Abschlüsse. Fehlende Integration und ein Mangel an Partizipationsangeboten tragen zur sozialen Spaltung bei. Ganze Gruppen von Jugendlichen, wie z.B. männliche Jugendliche aus Migrantenfamilien, werden so schon zu Beginn ihres Erwachsenenlebens zu Verlierern und Außenseitern abgestempelt.

Sozialdemokratische Jugendpolitik hat zum Ziel, diesen Jugendlichen die Integration in unsere Gesellschaft am Übergang in ein selbstständiges Leben zu erleichtern. Eine wesentliche Rolle spielt dabei eine bessere Bildung – denn Teilhabe ist die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

Jugendverbände und freie Träger sind und bleiben wichtige Partner unserer Politik. Sie bündeln die Anliegen der jungen Generation und geben ihr eine Stimme. Sie bieten Jugendlichen Formen der Selbstorganisation und Gelegenheiten, demokratisches und solidarisches Miteinander einzuüben.

Der neu beim SPD-Parteivorstand gegründete „Gesprächskreis Jugendpolitik“ will den jugendpolitischen Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verbänden, Wissenschaft und Praxis bündeln. In gemeinsamen Diskussionen und mit Veranstaltungen sollen die programmatischen Positionen der SPD zum Thema Jugend mit dem Ziel weiterentwickelt werden, Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld zu stärken. Wir wollen die aktuellen jugendpolitischen Debatten aufgreifen und die wichtigen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben in der Jugendpolitik anpacken.

Auch auf regionaler bzw. kommunaler Ebene soll die Jugendpolitik stärker ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt werden. Die SPD-Landesverbände und -bezirke sind aufgerufen, jugendpolitische Arbeitskreise neu ins Leben zu rufen bzw. ihre Arbeit aktiv zu unterstützen.

Die Arbeit des Gesprächskreises wird sich in den nächsten Monaten inhaltlich vor allem auf drei Themenfelder konzentrieren:

1. Bildung und Befähigung

Jugendliche brauchen eine Zukunftsperspektive und die Chance auf gerechte Teilhabe in unserer Gesellschaft. Gute Bildung und Ausbildung sind die wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass ein Jugendlicher später ein selbst verantwortetes und eigenständiges Leben führen kann. Sie sind die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben. Kein Jugendlicher darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit gehen.

Doch die SPD versteht unter guter Bildung mehr als output-orientierte Wissensvermittlung und die Förderung beruflicher Kompetenzen. Es geht auch darum, dass Jugendliche Alltagskompetenzen lernen, damit sie ihr Leben in unserer individualisierten und digitalisierten Welt besser bewältigen können. Gelernt wird nicht allein in der Schule – auch die Familie, organisierte Freizeitangebote, Gleichaltrigengruppen und nicht zuletzt die Medien haben einen erheblichen Anteil an der Bildungsbiographie eines jungen Menschen.

Damit es dem deutschen Bildungssystem besser gelingen kann, allen Jugendlichen gleich welcher Herkunft gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, muss sich die Schule dringend für andere Bildungsbereiche öffnen. Wir sehen in einer aktiven Jugendpolitik die große Chance, die Bildungsarbeit vor Ort mit dem praktischen Ziel der Befähigung der Jugendlichen anzureichern. Dabei verfolgen wir das Ziel, alle mit und für die Jugendlichen wirkenden Institutionen (Schule, Jugendhilfe, etc.) enger zu vernetzen und die Zusammenarbeit effektiver zu gestalten. Die Jugendlichen dürfen nicht die Leidtragenden von Kompetenzgerangel und unsinnigen Auseinandersetzungen über Zuständigkeiten sein.

In diesem Kontext setzen wir uns deshalb für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen ein – insbesondere auch in der Sekundarstufe I.

A. Ganztagschulen flächendeckend einführen

Das von der rot-grünen Bundesregierung 2003 ins Leben gerufene Ganztagschulprogramm (IZBB) hat einen Paradigmenwechsel in der Schullandschaft eingeleitet. Inzwischen gibt es bundesweit rund 10.000 Ganztagschulen. Diese positive Entwicklung darf nicht abbrechen. Deshalb wollen wir die Förderung für den Ausbau der Ganztagschulen auch nach dem Ablauf des IZBB Ende 2009 weiterführen. Dabei bedeutet der Ausbau zu Ganztagschulen nicht allein längere Schul- bzw. Betreuungszeiten, sondern muss mit einem veränderten pädagogischen Konzept einhergehen. Hier gibt es vor allem in den unionsgeführten Bundesländern große Defizite. Die SPD setzt sich dafür ein,

dass der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagschulen in den Ländern unterstützt, indem er beispielsweise ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt. Denn gute Ganztagschulen brauchen zusätzliches Personal.

Die Ganztagschule bietet hervorragende Möglichkeiten, die Schule in die Lebenswelt der Jugendlichen hinein zu öffnen. Wenn Schule zusammenarbeitet mit Sportvereinen, Musikschulen, Volkshochschulen, Betrieben aus der Nachbarschaft, mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Kirchen, Umweltorganisationen oder freien Trägern der Jugendhilfe finden neue Lernaspekte Eingang in den Schulalltag. Welche Ausbildung will ich einmal machen? Was fange ich mit meiner Freizeit an? Wie gehe ich mit dem Informationsüberfluss in den Medien um? Das sind hochrelevante Fragen, die sich Jugendlichen stellen und die im Rahmen des Unterrichts so angesprochen werden müssen, dass sie die Jugendlichen in ihrer Lebenswirklichkeit erreichen.

Gerade angesichts der immer heterogener werdenden Schülerschaft gewinnt die Kooperation zwischen Schulen und anderen Partnern auf gleicher Augenhöhe immer mehr an Bedeutung. Die Ganztagschule ist multiprofessionell – in ihr arbeiten Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher und Schulpsychologinnen und -psychologen Hand in Hand. Auch ermöglicht die Ganztagschule eine neue Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe. So können z.B. auch Angebote der Jugendhilfe eingebunden werden, die jugendliche Schulverweigerer wieder an die Schule heranzuführen.

B. Bessere individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen

Das deutsche Bildungssystem ist zu wenig durchlässig und trägt eher zur Verfestigung sozialer Unterschiede bei, als dass es diese ausgleichen würde. Wir brauchen mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und offenere Übergänge. Übergreifendes Ziel aller Anstrengungen muss es sein, den Bildungserfolg von der sozialen und kulturellen Herkunft in unserem Land zu entkoppeln.

Im gegliederten Schulsystem wird zu früh über die unterschiedlichen Bildungswege entschieden. Wir werben für ein Schulsystem, in dem Jugendliche möglichst lange zusammen und voneinander lernen. Das geht am besten in einer gemeinsamen Schule bis zur Klasse 10. Längeres gemeinsames Lernen muss mit einer besseren individuellen Förderung verbunden werden.

C. Schulabbrecherquote deutlich senken und Einführung eines Rechtsanspruch auf Nachholen eines Hauptschulabschlusses

Jährlich verlassen rund 80.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Das sind acht Prozent aller Jugendlichen. Sie haben so gut wie keine Aussicht auf einen regulären Ausbildungsplatz. Wir wollen die Schulabbrecherquote bis 2010 mindestens halbieren. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass es dem Bundesarbeitsminister gelungen ist, einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses für alle Jugendlichen und Erwachsenen einzuführen.

D. Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher verbessern

Die SPD hat einen Ausbildungsbonus und eine Berufseinstiegsbegleitung eingeführt. Das ist eine wichtige Maßnahme für die Jugendlichen, die Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Der Ausbildungsbonus wird bis Ende 2010 an Arbeitgeber gezahlt, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen bereitstellen, die bereits seit längerem einen Ausbildungsplatz suchen. Die Berufseinstiegsbegleitung unterstützt junge Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung, indem ihnen ein Begleiter individuell an die Seite gestellt wird.

E. Studierneigung stärken, Hochschulzugang offen halten

Derzeit kann sich nur jeder fünfte 15jährige in Deutschland vorstellen, später erfolgreich zu studieren. Um die Studierneigung zu stärken, muss über eine bessere Kooperation zwischen Schule und Hochschule eine Studienberatung schon vor dem Schulabschluss erfolgen. Deutschland braucht mehr Studierende. Schon heute zeichnet sich in einigen Branchen ein Fachkräftemangel ab – insbesondere in den technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen.

Deshalb müssen die Hochschulen offen gehalten und keine finanziellen Hürden aufgebaut werden. Studiengebühren, wie sie von unionsgeführten Länderregierungen eingeführt wurden, sind unsozial. Das Erststudium muss bis einschließlich zum Master gebührenfrei bleiben. Darüber ist und bleibt ein starkes BAföG das wichtigste Instrument für den sozialen Ausgleich in der Bildung. Die SPD hat zum Wintersemester 2008/2009 eine Erhöhung gegen den Widerstand der Union durchgesetzt. Noch in dieser Legislaturperiode soll es strukturell weiterentwickelt und zukunftsfest gestaltet werden.

F. Chancen für Nichtabiturient/innen zur Aufnahme eines Studiums verbessern

Wir wollen, dass sich der Anteil von Fachkräften ohne Abitur an den Hochschulen erhöht. Dafür müssen die Aufnahmebedingungen bundesweit einheitlich und transparenter gestaltet werden.

2. Engagement und Partizipation

Jugendpolitik ist ohne die Partizipation, das Engagement und das aktive Einmischen Jugendlicher nicht möglich. Immerhin sind sie es, die mit den Konsequenzen der heutigen Entscheidungen in der Zukunft leben müssen. Wir brauchen den Sachverstand von Kindern und Jugendlichen. Sie sind Expertinnen und Experten in ihren Belangen und müssen darin unterstützt werden, sich selbst zu organisieren. Wir wollen sie deshalb in politische und planerische Prozesse aktiv einbinden.

Dabei gilt es, Jugendliche in ihrem Engagement und in ihrem Urteil ernst zu nehmen. Sie brauchen das sichere Gefühl, dass ihr Handeln Konsequenzen hat. Sobald sie sich als „schmückendes Beiwerk“ empfinden, haben wir sie als Partner verloren. Kinder und Jugendliche sollen Demokratie positiv erleben können und sehen, dass es etwas bringt, Interessen zu formulieren. So kann ihre Demokratiefähigkeit wachsen. Aktive Einbindung stärkt die Akzeptanz von politischen Gestaltungsprozessen. Transparenz durch Beteiligung – damit bleiben auch unbequeme Entscheidungen für Heranwachsende greifbar.

Entgegen vieler Unkenrufe sind Jugendliche heute engagiert und wollen sich beteiligen. Ein zentrales Ergebnis der letzten Shell-Jugendstudie war, dass für Jugendliche der Einsatz für die Gesellschaft und für andere Menschen ganz selbstverständlich zum persönlichen Lebensstil gehört. Es ist somit die Aufgabe von Politik und Gesellschaft, ihnen die Chance zu Engagement und Partizipation zu geben.

Zahlreiche Jugendliche engagieren sich in Projekten gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Dieser Einsatz für Demokratie und Toleranz ist äußerst wichtig für unser demokratisches Zusammenleben. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss weiter verstetigt werden und nachhaltig gesichert werden. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden. Gerade Jugendliche können überzeugend in ihrer Altersgruppe wirken und deutlich machen, dass die Mehrheit friedlich und demokratisch denkt.

Jugendliche stehen heute mehr denn je unter Leistungs- und Erfolgsdruck. Ihr Alltag muss den Vergleich mit dem eines Top-Managers kaum scheuen. Die Spielräume für eine freie Entfaltung auch jenseits von Qualifizierungs- und Arbeitsprozessen schrumpfen. Es ist unser Ziel, hier einen Wandel zu unterstützen. Sozialdemokratische Jugendpolitik will Freiräume zulassen oder neue erkämpfen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich altersgemäß sozial und kulturell entfalten und einbringen zu können.

A. Partizipation von Kindern und Jugendlichen in allen Städte- und Gemeindeordnungen verankern

Beispielgebend ist das Bundesland Schleswig-Holstein. Dort heißt es in allen Gemeindeordnungen: „Die Gemeinde muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Form beteiligen.“ Hierbei haben sich unterschiedliche Beteiligungsformen bewährt: Kinder- und Jugendbeiräte, Kinder- und Jugendparlamente, direkte Beteiligung von Jugendlichen bei einzelnen Aktionen und Projekten (Radwegplanung, Bücherverleihstationen, Schwimmbadöffnungszeiten, Gestaltung von Bushaltestellen etc.).

B. Das Wahlalter herabsetzen

Wir wollen ernsthaft darüber diskutieren, das Wahlalter auch auf Bundesebene herabzusetzen. Dies wäre ein wichtiges Signal dafür, dass wir die Beteiligung der Jugend ernst nehmen. Dass es möglich ist, zeigt unser Nachbarland Österreich, wo Jugendliche künftig bereits ab 16 Jahren in Nationalratswahlen ihre Stimme abgeben dürfen. Voraussetzung ist eine gute politische Bildung. Diese wurde in Deutschland jedoch in den letzten Jahren vielerorts in unverantwortlicher Weise vernachlässigt und zurückgefahren. Einige unionsregierte Bundesländer haben sogar ihre Landeszentralen für politische Bildung abgeschafft. Hier gilt es umzusteuern und u.a. einen stärkeren Fokus auf den Politikunterricht zu lenken.

C. Freiwilligendienste weiterentwickeln

Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Sie tragen die Zivilgesellschaft mit und geben ihr ein menschliches Gesicht. Sie tragen dazu bei, Jugendlichen soziale Kompetenzen zu vermitteln, ihr Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft zu stärken und ihre Persönlichkeit individuell entfalten zu können. Zudem sind Freiwilligendienste als Lernorte wichtige Brücken zwischen Schule und Beruf und dienen der Orientierung.

Es wollen mehr junge Menschen einen Freiwilligendienst absolvieren, als es Plätze gibt. Noch immer bewerben sich bis zu dreimal so viele Jugendliche auf die Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und in den Einsatzfeldern Kultur und Sport. Die Freiwilligendienste müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden, um diese sinnvolle Möglichkeit des sozialen Engagements Jugendlicher dauerhaft und weit reichend zu unterstützen. Mit dem neuen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ ist eine von Jugendlichen sehr gut angenommene neue Möglichkeit geschaffen worden, internationales und soziales Engagement zu verbinden.

Es wäre ein Stück Gesellschaftsreform, die gut in die Idee der sozialen Dienste generell passt, ein Freiwilliges Soziales Jahr zu einem obligatorischen Angebot zu machen, das jede Schülerin und jeden Schüler erreicht. Damit könnten alle Jugendlichen, die es möchten, unabhängig vom Elternhaus, einen freiwilligen sozialen Dienst leisten.

3. Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Jeder fünfte Bürger bzw. jede fünfte Bürgerin hat einen Migrationshintergrund. Bei den unter 25-jährigen sogar jeder vierte. 70 Prozent der Migrantinnen und Migranten unter 18 Jahren wurden in Deutschland geboren. Viele von ihnen haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Deutschland ist bunt. Diese Vielfalt bereichert unser Land sowohl kulturell als auch wirtschaftlich. Und sie macht Integration notwendig, damit ein produktives Miteinander in der Vielfalt möglich ist. Dabei erfordert Integration nicht allein die Anstrengungen der einen Seite, sondern von uns allen.

In der aktuellen öffentlichen Debatte stehen oft die mit dem Thema Integration verbundenen Probleme im Vordergrund – Medienberichte über Gewalt unter jugendlichen Migranten und Diskussionen über ausländische Jugendbanden in westdeutschen Großstädten oder das Kopftuchverbot haben negative Klischees geprägt. Die ausschließlich problemorientierte Wahrnehmung von Migrant/innen behindert ihre Akzeptanz in der Gesellschaft und verwandelt neugieriges Interesse in Angst. Vor dem Hintergrund dieses Defizitansatzes richtet sich die Jugendarbeit allgemein vor allem an die Jugendlichen, die scheitern und Probleme haben. Dieser Ansatz verstellt jedoch den Blick darauf, wie viele Jugendliche mit Migrationshintergrund und –geschichte sich erfolgreich in der deutschen Gesellschaft etablieren. An diesen Jugendlichen geht die Jugendarbeit bislang gänzlich vorbei.

Integration kann nur im Dialog gelingen - einem Dialog, der auf einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung basiert und damit sowohl Ausgrenzung als auch die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern hilft. In allen Bereichen von Integrationspolitik, so auch in der Jugend- und Bildungspolitik, haben deshalb der Austausch und die Kooperation mit den unterschiedlichen MigrantInnenorganisationen für uns einen hohen Stellenwert.

A. Mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund

Bildungsinstitutionen müssen von Anfang an als Orte der Begegnung gestaltet sein, mit denen sich alle, die dort sind, auch identifizieren können. Um dieses Leitbild mit Leben zu erfüllen, ist die Qualifizierung erziehungswissenschaftlicher Nachwuchskräfte aus den unterschiedlichen MigrantInnengruppen dringend erforderlich. Darüber hinaus müssen alle Pädagoginnen und Pädagogen stärker als bisher über interkulturelle Kompetenzen verfügen. Der Erwerb dieser Kompetenzen ist verpflichtend in die Lehrerausbildung mit aufzunehmen.

Gleichzeitig muss die Integration als Aufgabe auch selber zum Gegenstand von Bildung werden. Dafür sollten Initiativen und Projekten im Gemeinwesen, die der Gewaltprävention und den Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dienen, auch Eingang in den Schulalltag finden und ihre Inhalte mit den Curricula der Schulen verbunden werden.

B. Kommunales Wahlrecht

Wir begrüßen die aktive Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen und gesellschaftlichen Prozess. Für uns ist deshalb die Einbürgerung eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration. Sie ermöglicht umfassende politische Teilhabe. Daneben wollen wir die bessere politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten ermöglichen und plädieren deshalb für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer/innen.

C. Bürgerschaftliches Engagement ermöglichen

Bürgerschaftliches Engagement ist ein guter Weg, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren. Die aktive Mitwirkung von jugendlichen Einwanderinnen und Einwanderern in Vereinen, Organisationen etc. vermittelt Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten und fördert die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung.

Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere muslimische, in die Verbandsarbeit zu integrieren, stellt die etablierten Jugendverbände in Deutschland vor große Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen für mehr Partizipation müssen stärker auch den Bedürfnissen der Einwanderinnen und Einwanderer gerecht werden. Um das zu erreichen, werden wir den Dialog mit Ausländervereinen und –verbänden suchen und intensivieren. Eine engere Vernetzung der Jugendarbeit mit den MigrantInnenorganisationen ist unbedingt gefordert.

D. Diskussion zur Zukunft der Jugendzentren führen

Insbesondere in den Ballungsräumen und in großen Städten stellen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und -geschichte in einigen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit die Mehrheit des Besucherlientels. Da es zwischen den einzelnen ethnischen Jugendgruppen immer auch wieder zu Konflikten und Auseinandersetzungen kommt, werden interkulturelle Ansätze verfolgt, stoßen aber immer wieder an ihre Grenze. Je älter die Kinder und Jugendlichen werden, umso schwieriger ist es, diese Ansätze erfolgreich zu gestalten. Dazu brauchen wir eine offene Diskussion mit dem Ziel, ein Miteinander der Kulturen zu ermöglichen und allen Jugendlichen den Raum für gute Freizeitgestaltung zu geben.

Mitglieder des Gesprächskreises Jugendpolitik

(Stand 10/2008)

Leitung des Gesprächskreises:

Kerstin Griese, MdB Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Mitglied SPD-Partei- und Fraktionsvorstandes

Mitglieder des Gesprächskreises:

Altenkamp, Britta, MdL Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW und der NRWSPD; Vorsitzende des Verein für Kinder- und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten Essen e.V. (VKJ)

Bätzing, Sabine, MdB SPD-Bundestagsfraktion; Drogenbeauftragte der Bundesregierung

Corsa, Mike Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej); Stellvertretender Vorsitzender der AGJ

Drohse, Franziska Bundesvorsitzende der Jusos

Dulig, Martin, MdL Fraktionsvorsitzender SPD Sachsen

Friedrich, Peter, MdB SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der „Youngsters“

Frye, Sven Bundesvorsitzender "Die Falken"

Hochschild, Helmut ehemaliger Hauptschulleiter, Seminarleiter Lehrerbildung, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaften und Forschung Berlin

Hoffmeier, Andrea Bundesvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ)

Marks, Caren, MdB SPD-Bundestagsfraktion, Sprecherin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Neugebauer, Sandy Vorstand Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V.

Klausch, Peter Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe

Krüger, Thomas Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Niebert, Kai	Bundesleiter der Naturfreundejugend Deutschlands
Raabe, Detlev	Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)
Rauschenbach, Thomas Prof. Dr.	Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), München
Reiß, Vera	Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Rheinland-Pfalz
Rix, Sönke, MdB	SPD-Bundestagsfraktion
Rose, Heidemarie Dr.	Leiterin der Obersten Landesjugendbehörde und der Abteilung Junge Menschen und Familie in Bremen, Stellvertretende Vorsitzende AGJ (angefragt)
Rudolf, René	Bundesjugendsekretär des DGB
Rupprecht, Holger	Minister, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg
Schäfer, Klaus Prof. Dr.	Abteilungsleiter Jugend und Kinder Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf
Schönwälder, Karen Dr.	WZB, Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung
Schwider, Franziska	Mitglied im Bundesjugendvorstand der Arbeiter-Samariter Jugend
Wasserhövel, Kajo	Bundesgeschäftsführer der SPD
Zöllner, Jürgen Prof. Dr.	Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin